

Bayerisches Landesamt für Pflege Referat 47 Mildred-Scheel-Straße 4 92224 Amberg

Entwurf des BetreuungsvertragsEntwurf des PflegevertragsEntwurf des Mietvertrags

Eingangsstempel		

Zutreffendes bitte ankreuzen X oder ausfüllen.

Antrag auf Bewilligung einer staatlichen Zuwendung nach der Förderrichtlinie Pflege - WoLeRaF für ambulant betreute Wohngemeinschaften

in Höhe von	Euro
für die Maßnahme (Bezeichnung und Anschrift o	der Maßnahme):
Geplanter Durchführungszeitraum	
Beginn	Ende
Deg.iiii	
Mit der Maßnahme wurde noch nicht beg	gonnen.
Mit der Maßnahme wurde am	begonnen.
Hinweis: Zuwendungen dürfen nur für Maßnahn	men gewährt werden, mit denen noch nicht begonnen wurde. Der Ab-
	aßnahme ist grundsätzlich bereits als Beginn der Maßnahme zu wer-
	nung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt werden.
Diesem Antrag sind beizufügen:	
 DAWI-De-minimis-Erklärung 	
Erklärung über subventionserhebliche Tats	achen
 Ausführliche Beschreibung der Maßnahme 	(Konzept)
 Mittelfristiger Finanzierungsplan 	
 Vereinssatzung oder Gesellschaftsvertrag un 	nd Auszug aus dem Vereins- oder Handelsregister
 Freistellungsbescheid soweit steuerbegünst 	tigte Zwecke verfolgt werden
Grundriss der abWG	

Α	Antragsteller/-in					
	Antragsteller/-in Anschrift					
	Telefon Steuernummer bzw. Umsatzsteueridentifikationsnummer Wenn Sie einverstanden sind, dass wir uns bei Rückfragen per unverschlüsselter E-Mail an Sie wenden, dann geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse an:					

	vertretungsberechtigte Person(en)					
	1.					
	2.					
	einzeln vertretungsberechtigt					
	zusammen vertretungsberechtigt					
	Ansprechpartner/-in für diesen Antrag					
	Rechtsform der Antragstellerin/ des Antragstellers					
	Die Antragstellerin/ der Antragsteller verfolgt steuerbegünstigte Zwecke (§§ 51 bis 68 AO): nein					
	ja, der Freistellungsbescheid des zuständigen Finanzamtes liegt bei.					
	Die Antragstellerin/ der Antragsteller handelt im Rahmen einer gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit:					
	☐ nein					
	☐ ja					
	Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG					
	besteht nicht					
	besteht					
	Eventuelle Vorsteuerabzugsbeträge sind im Finanzierungsplan gesondert auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.					
В	Bankverbindung					
	IBAN					
	Kontoinhaber/-in					
	Dabei handelt es sich um ein Geschäftskonto:					
	nein nein					
	□ ja					
С	Finanzierung					
	Wurde für die Maßnahme bei anderen Stellen eine Zuwendung beantragt?					
	nein nein					
	☐ ja, in Höhe von					
	bei					
	Sollen aus der Zuwendung Geldbeträge an Dritte als Zuwendung weitergeleitet werden? (Hinweis: Bei der Bezahlung von Rechnungen an Dritte, z. B. aus Kauf- oder Dienstverträgen, handelt es sich nicht um eine Weiterleitung in diesem Sinne.)					
	☐ nein					
	ja, in Höhe von Euro					
	an					
	Erläuterung:					
	Wird die Antragstellerin/ der Antragsteller überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen finanziert?					
	nein nein					
	□ ja					

D	Aufgliederung der Personalausgaben für die beantragte Moderationskraft getrennt nach Kalenderjahren							
	Vor- und Zuname der Mitarbeiter/-innen	Funktion und Berufsbezeichnung	Entgeltgruppe und Stufe	Beschäftigungszeitraum	Std./Woche	Ausgaben in Euro		
	·							
				Gesar	ntpersonalausgaben:			
	Wendet die Antragstellerin/ der Antragsteller	einen Tarifvertrag an?						
	nein							
	ja							
	welchen:							
	weichen.							

E	Ausgaben für das Kalenderjahr	Kalenderjahr	Kalenderjahr	Kalenderjahr	Gesamt		
	Ausgaben nach Nr. 1.5.2 der Förderrichtlinie Pflege - WoLeRaF (mit Erläuterungen)	Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro		
	Ausgaben nach Nr. 1.5.2 a) - c)						
	Ausgaben nach Nr. 1.5.2 d)	1	1				
	Gesamtausgaben						

F	Dec	kungsmittel für das Kalenderjahr	Kalenderjahr	Kalenderjahr	Kalenderjahr	Gesamt
Ц			Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro
	1.	Eigenmittel der Antragstellerin/ des Antragstellers (Mitgliedsbeiträge, nicht-zweckgebundene Spenden usw.)				
	2.	Zuwendungen von kommunalen Gebietskörperschaften				
ı	3. Sonstige öffentliche Mittel					
	4.	Sonstige Mittel (einschließlich zweckgebundene Spenden)				
	5.	Beantragte Zuwendung des LfP aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege				
		Gesamtfinanzierung:				

G Erklärungen 1. Der Finanzierungsplan wurde nach den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt. Es wurden alle Finanzierungsbestandteile der Maßnahme aufgeführt. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist nach dem Finanzierungsplan gesichert. Eine ordnungsgemäße Geschäftsführung ist gesichert. Die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel wird nachgewiesen werden können. 3. Mit der Durchführung der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird vor Erhalt des Zuwendungsbescheides auch nicht begonnen werden. 4. Die vergaberechtlichen Vorschriften i.S.d. Nr. 3 ANBest-P/-K werden eingehalten. Hinweis: Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 5.000 € ohne Umsatzsteuer können unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit direkt vergeben werden (Direktauftrag). Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden dann berücksichtigt, wenn der Anbieter aufgrund einer Marktrecherche oder eines Preisvergleichs von drei Anbietern (z.B. Angebote aus Internet/Prospekten/Katalogen) ausgewählt wird. Die Marktrecherche bzw. der Preisvergleich sind vor dem Kauf durchzuführen und nachvollziehbar zu dokumentieren 5. Im Falle einer EU-rechtlichen Betrauung mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse* werden in der Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausgewiesen. *erfolgt im Zuwendungsbescheid oder gesondertes Schreiben 6. Die Finanz- und Bewilligungsbehörden werden von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber Bewilligungs- und Strafverfolgungsbehörden befreit, soweit die diesem Antrag zu Grunde liegenden Daten zu verifizieren/kontrollieren sind, die für die dortigen Verfahren im Zusammenhang mit der Gewährung der in diesem Antrag beantragten Zuwendungen von Bedeutung sind oder waren (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO). 7. Die unter Punkt D in der Aufgliederung der Personalausgaben genannten Mitarbeiter/-innen wurden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die nachfolgende "Information zum Datenschutz" wurde jeder betroffenen Person ausgehändigt. 8. Nach Antragstellung neu hinzukommende Mitarbeiter/-innen werden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die nachfolgende "Information zum Datenschutz" wird ausgehändigt. 9. Die in diesem Antrag (einschl. der Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig. Ort, Datum Name, Vorname Unterschrift der rechtsgeschäftlichen Vertreterin/ des rechtsgeschäftlichen Vertreters

3

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das

Bayerische Landesamt für Pflege

Datenschutz –
 Mildred-Scheel-Straße 4
 92224 Amberg
 datenschutz@lfp.bayern.de

Die Daten werden erhoben, um den Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Bereich der Richtlinie Pflege - WoLeRaF zu bearbeiten. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c, e, DSGVO, Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 23 und 44 BayHO und die hierfür erlassenen Verwaltungsvorschriften (Richtlinie Pflege – WoLeRaF). Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Ihnen stehen die Rechte gem. Art. 15 bis 20, 22 und 77 DSGVO sowie das Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DSGVO zu. Weitere die Verarbeitung Daten Informationen über Ihrer und Ihre der Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Pflege unter www.lfp.bayern.de/datenschutzerklaerung.

Alternativ erhalten Sie die Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie per E-Mail unter datenschutz@lfp.bayern.de erreichen können.

Zum Zweck der Auszahlung der Fördermittel werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt.

Die Mitteilung personenbezogener Daten erfolgt grundsätzlich freiwillig. Unterbleibt eine Bereitstellung personenbezogener Daten, kann das Landesamt für Pflege jedoch den Antrag möglicherweise nicht bearbeiten und keinen Förderbescheid erlassen.